



Postulat Roth David und Mit. über den vollständigen Einsatz der Rückstellungen von Prämienverbilligungen der Ausgleichskasse Luzern

eröffnet am 11. September 2017

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die bei der Ausgleichskasse Luzern bestehenden Rückstellungen für Zahlungen der individuellen Prämienverbilligung (IPV) offenzulegen und dafür zu sorgen, dass diese vollständig zugunsten der IPV-Berechnung im Jahr 2017 eingesetzt werden.

Dies soll via Rückvergütung zugunsten der Staatsrechnung 2017 bei gleichzeitiger Erhöhung des Kantonsbeitrages 2017 geschehen, damit die Gemeinden ihren 50-Prozent-Anteil an der IPV auch leisten können und den Anspruchsberechtigten die sozialpolitisch benötigten Mittel zur Verfügung stehen.

Begründung:

Gemäss Jahresbericht 2015 der Ausgleichskasse Luzern, Seite 25, wurde eine Abgrenzung für IPV-Nachzahlungen für 2016 (Rückstellung) von 7 Millionen Franken vorgenommen. Gemäss Information des Regierungspräsidenten an die Fraktionsvorsitzenden und an die Kommissionsmitglieder Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) sollen nun zur Abfederung der sozialpolitischen Konsequenzen 4,9 Millionen Franken dieser Rückstellung aufgelöst werden und für die Prämienverbilligung 2017 zur Verfügung stehen. Dies würde aber anscheinend ausserhalb der Staatsrechnung, nur innerhalb der Betriebsrechnung der Ausgleichskasse, geschehen. Grundsätzlich löst das Vorhandensein von IPV-Rückstellungen ausserhalb der Staatsrechnung Fragezeichen aus. Umso mehr, als dass im Jahresbericht der Ausgleichskasse dieser Bestand nicht transparent ausgewiesen ist.

Gleichzeitig kann es bei der drastischen Reduktion des Kantonsbeitrages an die IPV um über 30 Prozent nicht sein, dass noch allfällig vorhandene Rückstellungen nicht vollumfänglich den Anspruchsberechtigten zur Verfügung gestellt werden.

Durch die konsequente Einbuchung in die Staatsrechnung und gleichzeitige Erhöhung des Kantonsbeitrages durch Anpassung der entsprechenden Budgetposition 2017 kann zudem sichergestellt werden, dass auch die Gemeinden ihren in den Gemeindebudgets vorhandenen 50-Prozent-Anteil an die IPV auch effektiv entrichten können. Die insgesamt verfügbaren IPV-Mittel würden sich somit noch einmal erhöhen.

Roth David
Meyer Jörg
Fanaj Ylfete
Budmiger Marcel
Ledergerber Michael
Fässler Peter
Pardini Giorgio
Sager Urban
Truttmann-Hauri Susanne
Agner Sara

Schneider Andy
Schuler Josef
Meyer-Jenni Helene
Frye Urban
Töngi Michael
Reusser Christina
Frey Monique
Celik Ali R.
Stutz Hans
Hofer Andreas